

# Tourismusbranche geschlossen gegen die Kündigungsinitiative

Neun Tourismusverbände setzen sich im «Tourismuskomitee Kündigung NEIN» geschlossen gegen die Kündigungsinitiative ein. Eine Annahme der Volksinitiative hätte fatale Folgen für die Schweizer Tourismusbranche.



Für die Branche stehe viel auf dem Spiel, wie das Tourismuskomitee in einer Mitteilung vom Dienstag schreibt. In der aktuellen Lage sei der Tourismus besonders darauf angewiesen, dass die Schweiz die guten wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland fortführe.

Der Titel der Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» verschleierte die wahren Absichten und Folgen. Vordergründig würde es um die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU gehen, was faktisch jedoch das Ende der Bilateralen I bedeuten würde, begründen die Tourismusverbände ihre Ablehnung der Volksinitiative.

### **Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten**

Für den Schweizer Tourismusstandort sind vorteilhafte, stabile Beziehungen zur EU als wichtigstem Handelspartne von entscheidender Bedeutung. Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU legen das Fundament dafür. Sie haben massgeblich zum Wirtschaftswachstum in der Schweiz beigetragen.

In der aktuellen Situation um das Coronavirus sei die Schweiz mehr denn je auf vorteilhafte und stabile Beziehungen mit der EU angewiesen, schreibt das Komitee.

### **Irreversiblen Schaden für den Standort Schweiz**

Die Tourismusbranche steht infolge der Corona-Krise stark unter Druck. Mit dem Ende touristisch relevanter Abkommen in den Bereichen Verkehr, Reisefreiheiten oder technische Handelshemmnisse würden der Branche erhebliche Wettbewerbsnachteile drohen. Die Attraktivität des Standorts Schweiz würde irreversiblen Schaden nehmen.

Fällt beispielsweise die vereinfachte Produktezulassung weg, erleidet die Hochpreisinsel Schweiz einen weiteren Kostenschub. Ausländische wie inländische Gäste blieben vorwiegend aus, was für die Erholung der Branche jedoch dringend benötigt würde.

### **Tourismuskomitee Kündigung-NEIN**

Dem Komitee gehören die neun Tourismusverbände HotellerieSuisse, Gastrosuisse, der Schweizer Tourismus-Verband, Seilbahnen Schweiz, Parahotellerie Schweiz, der Schweizer Reise-Verband, die Konferenz der regionalen Tourismuskomitees, der Verband öffentlicher Verkehr sowie der Verband Schweizer Tourismusmanager an.  
[kündigung-nein-tourismus.ch](https://kuendigung-nein-tourismus.ch/)  
(<https://kuendigung-nein-tourismus.ch/>)

### **Erfolgreichen Geschäftstourismus bewahren**

Die Verbände befürchten zudem, dass bei einem Ja zur Initiative auch der Geschäfts- wie Freizeittourismus unter dem Wegfall der bilateralen Verträge stark leiden würden. Das geringe Wirtschaftswachstum würde die Inland-Nachfrage im Freizeittourismus dämpfen.

Das Image der Schweiz als attraktive Ferien-, Reise- und Kongressdestination würde auf dem internationalen Parkett Schaden nehmen. Dieses müsse jedoch gerade jetzt gestärkt werden, damit der Tourismus wieder auf die Beine kommt. Die Branche sei auf Gäste aus Europa angewiesen, sie seien eine wesentliche Stütze der Schweizer Tourismuswirtschaft und machen üblicherweise 55 bis 60 Prozent der Reisenden aus.

### **Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt beibehalten**

Der Tourismussektor ist ausserdem von der Personenfreizügigkeit ganz direkt betroffen. Bisher haben eigene Massnahmen der Branche zur Nachwuchsförderung und Rekrutierung im Inland nicht ausgereicht, um genügend Fachkräfte zu rekrutieren.

Deshalb ist die Tourismuswirtschaft ergänzend auf europäische Fachkräfte angewiesen. Diese müssten weiterhin unbürokratisch rekrutierbar bleiben. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit wäre dies aber nicht mehr möglich und würde zu einem kaum tragbaren administrativen Mehraufwand führen.

Mit einer Erholung des Tourismus werde die Bedeutung der Personenfreizügigkeit für die Branche wieder zunehmen. Daher sei die Weiterführung des bilateralen Weges und die Ablehnung der Kündigungsinitiative fundamental, argumentiert das Nein-Komitee der Branche.

### **Breite Ablehnung**

Das Schweizer Stimmvolk entscheidet am 27. September 2020 an der Urne über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)». Die von SVP und Auns initiierte Initiative stösst auf breite Ablehnung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bundesrat argumentiert, dass eine Annahme Arbeitsplätze und damit den Wohlstand in der Schweiz direkt gefährden würde. Auch die Fortsetzung des bilateralen Weges der Schweiz mit der EU wäre laut der Landesregierung in Frage gestellt.

Neben Bund und Kanton, politischen Parteien von links bis zur Mitte, empfehlen auch Sozialpartner, weitere Wirtschaftsverbände und zahlreichen Organisationen der Zivilgesellschaft die Kündigungsinitiative geschlossen zur Ablehnung. (htr)

Publiziert am Dienstag, 07. Juli 2020